

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Frank Bommert
der CDU-Fraktion

an die Landesregierung

Ausbildungsvorbereitung für junge Geflüchtete

Die Innung für Metall- und Kunststofftechnik Berlin bereitet im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung vom 16.01.-31.08.2017 junge Geflüchtete auf eine Berufsausbildung im Metallhandwerk vor. Ziel dieses Pilotprojektes ist es, die Teilnehmer zum 01.09.2017 „fit“ für eine duale betriebliche Ausbildung zu machen und am Ende der Qualifizierung an einen Ausbildungsbetrieb zu vermitteln. Neben der fachpraktischen Ausbildung in den Werkstätten der Innung erhalten die Teilnehmer berufsbezogenen Mathematik, Physik-, Chemie- und Deutschunterricht. Zusätzlich ist ein betriebliches Praktikum vorgesehen, das der Erweiterung der in der Innungsfachschule erworbenen Fähigkeiten und dem Kennenlernen betrieblicher Strukturen dienen soll. Nach den mir vorliegenden Informationen darf die Innung aufgrund der Kooperation mit dem Berliner Senat als Projektpartner bei diesem Pilotprojekt nicht mit Brandenburger Betrieben zusammenzuarbeiten.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung zum o.g. Pilotprojekt der Innung für Metall- und Kunststofftechnik Berlin vor?
2. Welche Informationen liegen der Landesregierung in Bezug auf die Entscheidung des Berliner Senats, der Innung für Metall- und Kunststofftechnik Berlin die Zusammenarbeit mit Brandenburger Betrieben beim o.g. Pilotprojekt zu verwehren? Was waren die Gründe für diese Entscheidung?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Teilnahme der Brandenburger Betriebe an diesem Pilotprojekt zu ermöglichen?

Frank Bommert